

Die Energielüge

Machtkonzentration verhindert neue Wege in der Energiepolitik

Unsere Verfassungsväter schufen eine Daseinsvorsorge für das Gemeinwohl aller Bürger. Heute wird in unserer globalen Wirtschaftsordnung „Wettbewerb“ verordnet; die Energieversorgung liegt faktisch in der Hand von Monopolisten. Anstatt der Vorsorge für die Bevölkerung haben unsere heutigen Politiker die Gewinnmaximierung für weltweit agierende Großinvestoren und Spekulanten in den Vordergrund geschoben. Der „Atomkompromiss“ meint: Es sind in Deutschland nur noch Lösungen durchsetzbar, die den Konzernen nützen. Was für Bevölkerung, Umwelt, Sicherheit und Entwicklung regenerativer Energien wichtig ist, muss sich bedingungslos unterordnen. Nicht fehlende „Erneuerbare“ erfordern die Atomkraftwerke; die devote Nibelungentreue der Politik zur Stromindustrie verhindert den Durchbruch von Sonne, Wind & Co. Der Artikel zeigt einige, weniger bekannte Zusammenhänge und entwirft eine Zukunftsperspektive für unsere Energieversorgung.

Weltweit basiert die Energiegewinnung auf fossilen Brennstoffen. Der damit verbundenen Ausstoß an Kohlendioxid (CO₂) sowie zahlreichen Schadstoffen hat einen erheblichen Anteil an der globalen Umweltverschmutzung mit katastrophalen Folgen. Ein Umstieg auf regenerative Energiequellen setzt jedoch ein Umdenken voraus und kann sich nur gegen erhebliche Widerstände durchsetzen. Er liegt quer zur bestehenden Struktur der Energieversorgung mit uralten Großkraftwerken und übermächtigen monopolistischen Energieversorgern. Wie ist es zur derzeitigen einseitigen Machtballung gekommen?

Wie kam es zur Machtkonzentration?

Im Jahr 1870 gründeten die Brüder John D. und William Rockefeller zusammen mit anderen Partnern Standard Oil. Geldgeber war das Bankhaus Kuhn & Loeb (Jakob Schiff). Bis 1877 kontrollierte das Unternehmen 90 % der Raffinerie-Kapazität und den Öltransport in den USA. Amerikanische Politiker erkannten die Gefahr, die durch die Abhängigkeit von monopolistischen Energieversorgern entstanden war. 1911 zerschlug Theodore Roosevelt, damals noch Senator in New York, das Imperium in 35 einzelne Energieversorgungsunternehmen als Aktiengesellschaften. Aber die Rockefellers entwickelten eine Gegenstrategie. Es entstand das bis heute praktizierte System, über Beteiligungsgesellschaften, Banken und

Strohmannen eine Beteiligung von 51 % an jedem Konzern zu erringen, damit wird das Unternehmen kontrolliert. Das Geld der restlichen 49 % der Aktionäre steht den Akteuren somit zur Verfügung. Mit diesem System kontrollierte John D. Rockefeller Jr. bis 1923 wieder alle amerikanischen Energieversorger.

In Deutschland wurden die öffentlich rechtlichen Stromversorger in die Staatskonzerne VEBA und VIAG integriert. Dann begann schrittweise die Übernahme durch die weltweit agierenden Großinvestoren. Von 1997 bis 1999 übernahm die „E.on North America Inc.“ in New York die Mehrheit von VIAG und VEBA. 2000 wurden dann VEBA und VIAG zur E.on AG Düsseldorf mit 1,8 Mrd. € Stammkapital fusioniert. Unter dem Druck der Kartellbehörden musste die RWE vorher wieder aus der VEBA heraus in eine eigenständige Aktiengesellschaft überführt werden. Dafür durfte die E.on AG dann den alleinigen deutschen Gasimporteur „Ruhrgas AG“ übernehmen. Alle Beteiligungen der EXXon Tochter E.on North America Inc. wurden an die E.on AG übertragen. Die E.on North America Inc. wurde später aufgelöst, die Spur zum weltgrößten Energieversorger EXXon verwischt. Man findet sie nur noch in der amerikanischen Börsenaufsicht unter:

<http://www.secinfo.com/drD1f.366.d.htm>.



E.ON World English
Investoren Unternehmen

E.ON North America, Inc.

E.ON ist seit 1997 an der New York Stock Exchange notiert. Rund 13 Prozent der E.ON-Aktien werden von amerikanischen Investoren gehalten. Die ca. 17.000 E.ON-Mitarbeiter in den Vereinigten Staaten generierten im Jahr 2000 einen Umsatz von ca. 10,2 Milliarden US-Dollar. E.ON North America, Inc. repräsentiert E.ON in den Vereinigten Staaten und übernimmt verschiedene Servicefunktionen für die US-Tochterunternehmen. Präsident von E.ON North America ist Georg O. Budenbender.

Kontakt:
E.ON North America, Inc.
405 Lexington Avenue
New York, N.Y.
10174
U.S.A.
T (212) 922-2700
F (212) 557-5189

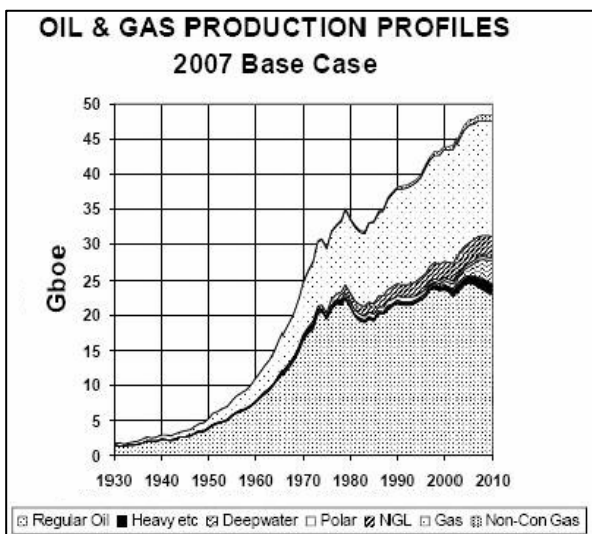
Der „Screenshot“ der E.on Homepage von 2000

belegt die Entstehung von E.on aus der EXXon-Tochter „E.on North America Inc.“

Es ist fast unvorstellbar, welcher Machtblock aus den Standard Oil Töchtern entstanden ist. Für Preise und Umweltschutz hatte die Versorgung durch die Konzernstrukturen mit Energie verschwendenden Raffinerien und Kraftwerken katastrophale Folgen.

Die wahren CO² - Schleudern

Seit 40 Jahren schwankt die Erdölförderung zwischen 3,5 und 5 Billionen Litern pro Tag. Gestiegen ist der Energieverbrauch nicht durch erhöhte Ölförderung, sondern durch die zusätzliche Nutzung der Erdgasvorkommen über den Ölfeldern. Die Verbrennung von Öl und Gas zusammen hat sich in diesem Zeitraum verdoppelt. Bei den Zentralkraftwerken der Stromerzeugung werden 2/3 der Energie als Abwärme in die Umwelt geblasen. Nur 1/3 der Energie wird tatsächlich genutzt. Zusätzlich müssen Heizungsanlagen wieder Rohstoffe verbrennen, um unsere Gebäude zu erwärmen. Die verbrannte Energie wird dabei aber nicht zur Stromerzeugung mitgenutzt. Zwei Verschwendungssysteme aus einer Zeit, als Erdöl fast nicht kostete.



Vergangenheit: Seit den späten 70er-Jahren ist die Zunahme im Energieverbrauch fast ausschließlich auf zusätzlichen Gasverbrauch (obere Linie) zurückzuführen – Öl stagnierte (untere Linie)

2009 hat die deutsche Energiewirtschaft nur für die Erzeugung unserer Endenergie (ohne den Transport der Energieträger) rund 327 Mio. t. CO² emittiert. Energietransport und die Endverbraucher haben nochmals 372 Mio. t. CO² in die Luft geblasen. Erzeugung und Transport unserer Energieträger machen dabei rund die Hälfte der gesamten deutschen CO² Emissionen aus⁽⁷⁾. Diese Stromerzeugung wird dennoch überall subventioniert⁽¹⁾. Sie sichert den Konzernen

Gewinne, die bei regionalen Versorgern erheblich abschmelzen würden.

Wie teuer sind „Erneuerbare“?

Während der Stromverbrauch in den letzten Jahren durchschnittlich um 1,7 % sank, wuchsen die Anlagen bei Erneuerbaren Energien und steuerbaren Gaskraftwerken rasant an. Laut dem Energiekonzept der Bundesregierung soll der Stromverbrauch künftig um 2,6 % sinken. Über 1/3 vom Nettostromverbrauch der Endkunden kann in Bayern schon heute mit Erneuerbaren Energien erzeugt werden. Die Zahl der Solarstromanlagen wächst in einem Maße, das sich auch die kühnsten Befürworter nicht vorstellen konnten. Allein 2009 und 2010 hat sich die bestehende Kapazität verdoppelt. An sonnigen Tagen erzeugen die deutschen Solarstromanlagen bereits mehr Strom als 10 Atomkraftwerksblöcke. Während die AKW ihre Überproduktion nachts produzieren wenn der Strom nicht gebraucht wird, haben wir den Solarstrom tagsüber, wenn die Industrieproduktionen Spitzenlasten erfordern. Bei einer Anlagenkapazität für Stromerzeugung von rund 100 TWh und einem Stromverbrauch aus dem öffentlichen Netz von jährlich rund 75 TWh ist das AKW ISAR-1 mit einer Stromerzeugung von 7 TWh für Bayern schon lange nicht mehr notwendig.

Die Betreiber der Zentralkraftwerke befürchten deshalb zu Recht, künftig immer weniger Kohle- und Atomstrom verkaufen zu können und für diesen außerdem noch schlechtere Strompreise zu bekommen⁽²⁾. In der Öffentlichkeit führen die Stromversorger jedoch das gegenteilige Argument an: die Zunahme der Solaranlagen würde den Strompreis erhöhen. Wie unberechtigt diese Behauptung ist, zeigt jetzt ein Gutachten im Auftrag der Grünen Bundestagsfraktion. Demnach sind seit 2008 die Beschaffungskosten am Strommarkt um ca. 1 Cent gesunken⁽²⁾. RWE hat trotzdem den Strompreis für private Endkunden um 1,5 Cent pro kWh erhöht. Damit hat das Unternehmen nicht nur seine eigenen Gewinne enorm gesteigert; es erzeugt beim Stromkunden auch Angst vor (angeblichen) Mehrkosten des Stroms aus Erneuerbaren Energien.

Was steckt hinter dem „Atomkompromiss“

Der Ausstiegsbeschluss aus der Atomenergie war die Weichenstellung, weg von einer Technik ohne langfristige Perspektiven und hin zu einer zukunftsfähigen und umweltverträglichen Energieversorgung. Die Not-

wendigkeit für diese Neuordnung war über eine lange Zeit gewachsen und in schwersten Verhandlungen erstritten worden. Die Laufzeitverlängerung für die maroden AKW der Baureihen DWR-2 und SWR-69⁽⁸⁾ verschärfen den Systemkonflikt. Einerseits verhindern sie, dass die Erneuerbaren in der notwendigen Geschwindigkeit billiger werden können, andererseits vergeuden sie knapper werdendes Uran. Unsere moderneren DWR4 Atomkraftwerke mit wesentlich höheren Sicherheitsstandards könnten dagegen mit einer zusätzlichen Sicherheitsnachrüstung noch viel länger eine preisgünstige Grundlaststromversorgung sichern.

Bis 1951 wurde Kernenergie nur zum Bau von Atomwaffen genutzt. Dann wurde im US-Staat Idaho erstmals mit einem Versuchsreaktor mit einem Kernreaktor auch Strom erzeugt. Der damaligen US-Präsident Eisenhower verkündete neben der Erzeugung von waffenfähigem Plutonium künftig auch die Ziele, die Kernenergie zur Stromerzeugung, in der Landwirtschaft und in der Medizin zu nutzen. Damals war nur der bayerische Siemens-Konzern in der Lage diese entsprechenden Atomkraftwerke zu bauen.

1955 wird der spätere Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß zum Atomminister der Bundesrepublik Deutschland ernannt. 1957 wird die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom-Vertrag) gegründet, das größte finanzielle Förderprojekt der Europäischen Union. Einerseits mussten Erzeugungskapazitäten für den steigenden Stromverbrauch geschaffen werden, andererseits wurden die abgebrannten Kernbrennstäbe teuer verkauft. In den Wiederaufarbeitungsanlagen wurde daraus dann waffenfähiges Plutonium für die Aufrüstung des kalten Krieges gewonnen. Die gesamte bayerische Stromversorgung, einschließlich Atomkraftwerke, war damals noch als zu Gemeinwohl ausgerichtete Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand.

In Gundremmingen entsteht das weltweit erste Kernkraftwerk mit Stromerzeugung. Bis 1990 lieferten Atomkraftwerke zusätzlich noch den Rohstoff für über 25.000 Atomwaffen.

Nach dem Ende des kalten Krieges begann die Übernahme der Energieversorgung durch die damalige "E.on North America INC" in New York (ab März 2000 E.on AG Düsseldorf) und damit die wirtschaftliche Abhängigkeit vom Standard Oil Imperium der weltweit agierenden Großinvestoren und

Finanzspekulanten. Seit dem gehören die Atomkraftwerke den Börsen und Spekulanten und nutzen zum großen Teil die riesigen Uranvorräte aus sowjetischen Militärbeständen.

Mit der Laufzeitverlängerung der Uraltmeiler wurden die Milliarden Gewinne der Großinvestoren für weitere Jahre zementiert, die Finanzierungsprobleme der Folgekosten wurden dagegen in die weite Zukunft verschoben. Schon den Rückbau des zerstörten Reaktors in Gundremmingen Block A hat die bayerische Staatsregierung damit verhindert, dass die Ruine 9 Jahre nach dem Gau in ein Technologiezentrum umgewidmet worden war.

E.on betreibt seine AKWs in einer GmbH – also beschränkte Haftung bei unbeschränktem Risiko. Das Unternehmen hat einen großen Teil seiner Gewinne als Rückstellungen für den späteren Abriss und die Lagerung des Atom Mülls steuerlich geltend gemacht, das brachte viele Milliarden Steuerersparnis. Statt sie aufzubewahren, hat E.on die Geldmittel aber in den Kauf weiterer Energieversorger in der ganzen Welt gesteckt. Sie stehen heute für den Rückbau nicht zur Verfügung, die E.on Kernkraftwerks GmbH hat daher momentan nicht die ausreichende Liquidität, um Abbau und Lagerung der alten Atomkraftwerke finanzieren zu können. EnBW und Vattenfall versuchen sich rechtzeitig vor dem Rückbau von ihren Atomruinen zu trennen, wenn möglich übernimmt die „E.on GmbH in Hannover“ diese Risiken. Auch um diesem Problemen aus dem Weg zu gehen hat die schwarzgelbe Bundesregierung beschlossen, während ihrer Regierungszeit kein AKW abschalten zu lassen. Heutige Verbraucher kommen sozusagen in Genuss von „Billigstrom“, der durch künftige Generationen subventioniert wird. Für unsere falsche Energiepolitik werden künftige Steuerzahler Milliarden zahlen, ohne Atomstrom bezogen zu haben.

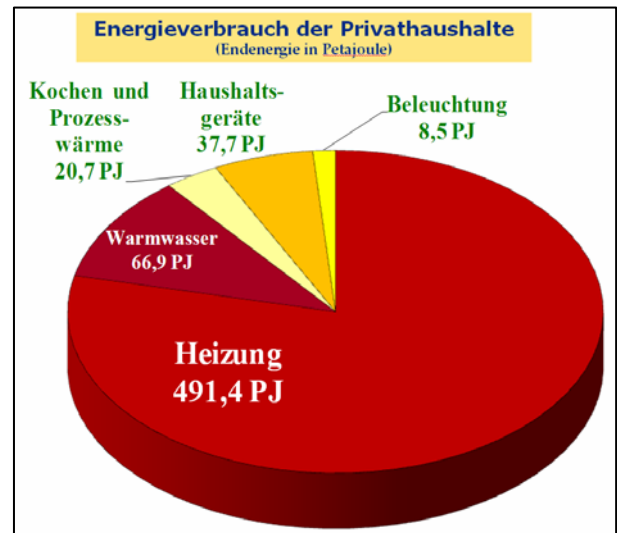
Für uns stellen die alten Atommeiler wegen ihrer Materialermüdungen mit jedem Jahr das vergeht ein höheres Risiko dar. Dies ist umso schlimmer als unsere ältesten Atommeiler für die eigene Energieversorgung schon längst überflüssig geworden sind. Nach den Zahlen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen wurde in den ersten drei Monaten 2010 satte 9 Milliarden Kilowattstunden mehr Strom produziert als verbraucht – ein Exportrekord

in der deutschen Stromgeschichte. Was ins Ausland verkauft wurde entspricht der Produktion der acht ältesten Atomkraftwerke. Wir können diese Vorgänge nur richtig deuten wenn wir verstehen, dass Energiepolitik in Deutschland sehr wenig mit Vernunft und Verantwortungsbewusstsein, dagegen aber sehr viel mit Macht und Profit zu tun hat.

Wenn das die Bevölkerung wüsste!

Wir sind mit neuen Energieanlagen viel weiter, als die Bevölkerung wissen darf. In den letzten Jahren wurden immer häufiger Wasser- und Windräder angehalten, damit die Atomkraftwerke permanent durchlaufen konnten. Die Netze waren „voll besetzt“ und die Speicher nachts mit Atomstrom randvoll gepumpt worden. In letzter Zeit haben die Konzerne sogar Geld bekomme, wenn sie nachts in großen Mengen Strom für die Speicherung in den Pumpwasserkraftwerken verbraucht haben. Trotzdem behaupten Politiker wie Seehofer und Söder, wenn Bayern das älteste AKW ISAR 1 abschalten würde, müsste der Freistaat Strom aus Termelin (Tschechien) beziehen. Umgekehrt ist es richtig: Wir müssten ISAR 1 Ende 2011 abschalten, und Bayern hätte sofort 40% Strom aus Erneuerbaren Energien im Netz. Solange Atomkraftwerke aber zuviel Strom in die Netze speisen, bleibt das regenerative Zeitalter Zukunftsmusik. Den Produzenten Erneuerbarer Energien geht es indes nicht schlecht. Da sie einen gesetzlich garantierten Anspruch auf die Einspeisung ihres Stroms haben, werden sie mit deutscher Gründlichkeit für nicht eingespeisten Strom entschädigt. Damit bezahlen die Verbraucher aber doppelt: für die Entschädigung der EE-Anlagen und für den Atomstrom, den die Konzerne weiter verkaufen können.

Auch die Last des Energiesparens sowie die moralische Schuld am Klimawandel werden überwiegend dem „kleinen“ Endverbraucher aufgebürdet, während man im Großen gigantische Verschwendung duldet. Es wird so getan, als würde mit dem Verbot der alten Glühbirne Wesentliches für den Klimaschutz geleistet. Die Wahrheit ist: Nur rund ein Achtel des CO²-Ausstoßes entfällt überhaupt auf Privathaushalte; davon nur ca. ein Siebzigstel auf Beleuchtung. Für das Gesamtbild ist die Bedeutung der Wohnungsbeleuchtung verschwindend gering. Hinzu kommt: Herkömmliche Glühbirnen geben Wärme ab, wenn diese durch kühlere Energiesparlampen ersetzt werden, müssen Heizungen dafür um so mehr heizen.



Von über 800 Mio. Tonnen CO₂ im Jahr 2009 produzierte die Energiewirtschaft 327 Mio. Tonnen, die Haushalte dagegen nur 106 Mio. Tonnen. Darin ist der Anteil für Beleuchtung verschwindend gering

Was wir trotzdem tun können

Das bedeutet jedoch nicht, dass der Einzelne nichts dazu beitragen könnte, die Klimaerwärmung zu reduzieren. Haushalte verbrauchen $\frac{3}{4}$ ihrer Energie für die Heizungsanlagen. Deshalb steht die Gebäudesanierung im Vordergrund, hier können $\frac{2}{3}$ des privaten Energiebedarfs eingespart werden. Während die Photovoltaik ihren Schwerpunkt für die Stromerzeugung im Sommer hat, sichern regionale Heizungsanlagen mit KWK-Anlagentechnik (Kraft-Wärmekopplung) die Stromversorgung in der Heizperiode. Auch in Handel, Gewerbe und Dienstleistung ist eine Energieerzeugung vor Ort das Mittel der Wahl. KWK-Anlagen ermöglichen Wärme- und Stromversorgung bei minimalen Energieverlusten. Im Zusammenhang mit Gebäudesanierungen wäre hier eine Verminderung der CO²-Emissionen um mehr als 50 % möglich.



KWK mit nur 10 % Energieverlust

Szenario einer künftigen Energieversorgung

Die Bundesregierung hat ohne zu zögern ein schwer erkämpftes, beschlossenes und gültiges Gesetz gekippt und mit der Laufzeitverlängerung für AKWs und dem Neubau von Kohlekraftwerken den Ausbau zukunftsfähiger Energieversorgungssysteme massiv eingeschränkt. Angesichts der Ausbaudynamik könnten wir Deutschland schon 2030 komplett mit regenerativem Strom versorgen. Aber mit einem Pinselstrich hat die Bundesregierung ein für die Energiekonzerne maßgeschneidertes Konzept beschlossen und die vollständige regenerative Versorgung erst auf die Zeit nach 2050 verschoben. Sie stützt sich grotesker Weise auf ein von der Atomlobby finanziertes Gutachten. Gemeinden und Endverbraucher sollten sich von den Verschleierungsver-

suchen der Atomwirtschaft und ihrer politischen Freunde nicht länger täuschen lassen. Sie sollten ihre Energieversorgung so weit es geht in eigene Hände nehmen⁽⁶⁾.

Nach dem Szenario von Bund-Naturschutz in Bayern e.V. und dem Förderverein „Bayerns-Zukunft e.V.“ ist es kein Problem, die CO₂-Emissionen in Bayern auf einen Bruchteil des heutigen Ausstoßes zu minimieren, die Politik müsste es nur wollen. Durch Bürgerbeteiligungsprojekte und Fördermittel für Immobilienbesitzer könnte die Wirtschaftskraft in die Region zurückgeholt werden, anstatt mit zentralen Großkraftwerken die weltweit agierenden Finanzinvestoren zu unterstützen.

Informationsquellen:

¹ UBA: Umweltschädliche Subventionen in Deutschland (November 2010)

² Die Strompreislüge

³ Strompreis – Monitor mit Harms-Gutachten

⁴ EU unter Kommissar Öttinger

⁵ Glaubst du das wirklich?

⁶ Erneuerbare statt Atom in Baden Württemberg

⁷ CO₂ Schwindel

⁸ ISAR-1, SWR 69 Reaktor